

## **Inhaltsübersicht**

<b>Kapitel 1 – Einleitung.....</b>	<b>1</b>
<b>§ 1 – Einleitung, Schwerpunkte und Gang der Untersuchung.....</b>	<b>1</b>
<b>A. Einleitung .....</b>	<b>1</b>
<b>B. Die beteiligten Institutionen und ihre Aufgaben bis zur Reform des TPG...2</b>	
<b>C. Reformen des TPG in den Jahren 2012 und 2013 .....</b>	<b>8</b>
<b>D. Gang der Untersuchung und Problem- und Schwerpunktdarstellung .....</b>	<b>11</b>
<b>Kapitel 2 – Demokratische Legitimation und Staatsaufsicht.....</b>	<b>13</b>
<b>§ 2 – Demokratische Legitimation der beteiligten Institutionen .....</b>	<b>13</b>
<b>A. Erforderlichkeit demokratischer Legitimation.....</b>	<b>14</b>
<b>B. Inhalt und Reichweite des Demokratieprinzips aus Art. 20 Abs. 2 GG.....19</b>	
<b>C. Anwendung des Maßstabs.....</b>	<b>23</b>
<b>D. Wesentlichkeitstheorie .....</b>	<b>31</b>
<b>E. Zwischenergebnis und weitere Vorgehensweise .....</b>	<b>33</b>
<b>§ 3 – Die staatliche Aufsicht im Transplantationswesen .....</b>	<b>35</b>
<b>A. Grundlagen der Staatsaufsicht.....</b>	<b>35</b>
<b>B. Maßstab für das Transplantationswesen .....</b>	<b>61</b>
<b>C. Aufsicht über die Bundesärztekammer .....</b>	<b>63</b>
<b>D. Aufsicht über die Koordinierungsstelle (DSO).....</b>	<b>69</b>
<b>E. Aufsicht über Entnahmekrankenhäuser und Transplantationszentren .....</b>	<b>98</b>
<b>F. Aufsicht über die Vermittlungsstelle .....</b>	<b>104</b>
<b>G. Ergebnisse zu § 3.....</b>	<b>108</b>
<b>Kapitel 3 – Die Verfahrensanweisungen der Koordinierungsstelle.....</b>	<b>111</b>
<b>§ 4 – Verfahrensanweisungen nach § 11 Abs. 1a S. 2 TPG .....</b>	<b>111</b>
<b>A. Inhalt der Verfahrensanweisungen.....</b>	<b>111</b>
<b>B. Rechtsnatur.....</b>	<b>117</b>
<b>C. Konkrete Einordnung der Verfahrensanweisungen .....</b>	<b>122</b>

## Inhaltsübersicht

---

D. Numerus clausus an Rechtsetzungsformen? .....	135
E. Beleihung mit Rechtsetzungsbefugnissen.....	140
F. Inhalt, Zweck und Ausmaß der Ermächtigungsnorm .....	164
G. Demokratische Legitimation.....	166
H. Begründungspflicht für untergesetzliche Rechtsnormen .....	176
I. Rechtsschutz gegen die Verfahrensanweisungen .....	180
J. Umsetzung der Richtlinie zu einem anderen Zweck?.....	191
K. Unvereinbarkeit der Richtlinie mit Art. 168 Abs. 4 lit. a) AEUV? .....	193
L. Rechtsfolgen bei Verstößen gegen die Verfahrensanweisungen .....	196
M. Zusammenfassung und Ergebnisse dieses Kapitels.....	203
Kapitel 4 – Lösungsvorschläge/Alternativen .....	205
§ 5 – Lösungsvorschläge/Alternativen .....	205
A. Reform bei Aufrechterhaltung der regulierten Selbstregulierung .....	205
B. Reformen bei Aufgabe der regulierten Selbstregulierung .....	207
C. Weitere Vorschläge für ein verfassungsgemäßes Transplantationswesen...	213
D. Normative Umsetzung der Reformüberlegungen .....	214
Kapitel 5 – Ergebnisse und thesenhafte Zusammenfassung .....	221
§ 6 – Ergebnisse der Untersuchung.....	221
§ 7 – Thesen zur Dissertation.....	225
Anhang .....	229
Literaturverzeichnis.....	231

## **Inhaltsverzeichnis**

<b>Kapitel 1 – Einleitung.....</b>	<b>1</b>
<b>§ 1 – Einleitung, Schwerpunkte und Gang der Untersuchung.....</b>	<b>1</b>
<b>A. Einleitung .....</b>	<b>1</b>
<b>B. Die beteiligten Institutionen und ihre Aufgaben bis zur Reform des TPG...2</b>	
<b>I. Das Transplantationswesen, die Beteiligten und ihre Aufgaben.....2</b>	
1. Bundesärztekammer.....	2
2. Transplantationszentren .....	3
3. Entnahmekrankenhäuser .....	3
4. Vermittlungsstelle .....	4
5. Koordinierungsstelle .....	4
6. GKV-Spitzenverband, Deutsche Krankenhausgesellschaft und Bundesärztekammer .....	5
7. Prüfungskommission und Überwachungskommission.....	5
8. Bundesministerium für Gesundheit .....	5
<b>II. Rechtsetzungsinstanzen im Transplantationswesen bis zur Reform         im Jahre 2012 .....</b>	<b>6</b>
1. Bundesministerium für Gesundheit .....	6
2. Bundesärztekammer .....	6
<b>III. Statistiken zwischen 2012 und 2017.....</b>	<b>7</b>
<b>C. Reformen des TPG in den Jahren 2012 und 2013 .....</b>	<b>8</b>
<b>I. Einführung einer Entscheidungslösung .....</b>	<b>8</b>
<b>II. Umsetzung der Richtlinie 2010/53/EU .....</b>	<b>9</b>
<b>III. Genehmigungsvorbehalt für die Richtlinien der Bundesärztekammer.....10</b>	
<b>D. Gang der Untersuchung und Problem- und Schwerpunktdarstellung .....</b>	<b>11</b>
<b>Kapitel 2 – Demokratische Legitimation und Staatsaufsicht.....13</b>	
<b>§ 2 – Demokratische Legitimation der beteiligten Institutionen .....</b>	<b>13</b>
<b>A. Erforderlichkeit demokratischer Legitimation.....14</b>	
<b>I. Bundesärztekammer.....</b>	<b>14</b>
<b>II. Eurotransplant.....</b>	<b>16</b>
<b>III. Transplantationszentren und Entnahmekrankenhäuser.....17</b>	
1. Transplantationszentren .....	17

2. Entnahmekrankenhäuser .....	18
IV. DSO .....	18
V. Zwischenergebnis .....	19
 B. Inhalt und Reichweite des Demokratieprinzips aus Art. 20 Abs. 2 GG .....	19
I. Personell-organisatorische Legitimation .....	21
II. Sachlich-inhaltliche Legitimation .....	21
III. Institutionell-funktionelle Legitimation .....	22
IV. Verhältnis der Legitimationsstränge zueinander .....	23
 C. Anwendung des Maßstabs .....	23
I. Bundesärztekammer .....	23
1. Personell-organisatorische Legitimation .....	23
2. Sachlich-inhaltliche Legitimation .....	25
3. Ergebnis zur demokratischen Legitimation der Richtlinienkompetenz der Bundesärztekammer .....	26
II. EUROTRANSPLANT .....	26
1. Unzureichende Legitimationsbasis? .....	26
2. Im Zusammenhang mit Eurotransplant gegebener Legitimationszusammenhang .....	27
a. Personell-organisatorische Legitimation .....	28
b. Sachlich-inhaltliche Legitimation .....	28
3. Ergebnis zur demokratischen Legitimation der Vermittlungstätigkeit von Eurotransplant .....	29
III. Transplantationszentren .....	29
1. Personell-organisatorische Legitimation .....	29
2. Sachlich-inhaltliche Legitimation .....	30
3. Ergebnis zur demokratischen Legitimation der Transplantationszentren .....	31
IV. Zwischenergebnis zur demokratischen Legitimation .....	31
 D. Wesentlichkeitstheorie .....	31
I. Inhalt und dogmatische Verortung der Wesentlichkeitsrechtsprechung .....	31
II. Anwendung des Maßstabs .....	32
1. Bundesärztekammer .....	32
2. EUROTRANSPLANT .....	32
3. Transplantationszentren .....	33
4. Ergebnis .....	33

E. Zwischenergebnis und weitere Vorgehensweise .....	33
§ 3 – Die staatliche Aufsicht im Transplantationswesen .....	35
A. Grundlagen der Staatsaufsicht.....	35
I. Begriff der Staatsaufsicht.....	35
II. Arten der Aufsicht .....	36
1. Wirtschaftsaufsicht.....	37
2. Staatsaufsicht.....	37
3. Aufsicht im staatlichen Bereich.....	37
a. Bundesaufsicht .....	37
b. Behördenaufsicht .....	38
c. Dienstaufsicht.....	38
4. Staatsaufsicht im engeren Sinne .....	38
III. Staatsaufsicht zwischen Wirtschaftsaufsicht und Aufsicht im staatlichen Bereich .....	39
IV. Typus der Aufsicht im Transplantationswesen.....	40
V. Funktionen der Staatsaufsicht .....	42
1. Legitimationsfunktion oder demokratische Funktion.....	42
2. Rechtsbewahrungsfunktion oder rechtsstaatliche Funktion .....	42
VI. Subjekt und Objekt der Staatsaufsicht .....	43
1. Subjekt der Staatsaufsicht .....	43
2. Objekt der Staatsaufsicht .....	43
VII. Maßstab der Staatsaufsicht – Rechtsaufsicht und Fachaufsicht.....	44
VIII. Mittel der Staatsaufsicht.....	44
1. Präventive Mittel.....	45
a. Genehmigungsvorbehalt.....	45
b. Informationsrechte bzw. Auskunftspflichten.....	45
2. Repressive Mittel .....	45
a. Beanstandungen.....	45
b. Anordnung.....	46
c. Ersatzvornahme .....	46
IX. Grenzen der Staatsaufsicht.....	46
1. Vorrang und Vorbehalt des Gesetzes.....	46
2. Grundsatz der Verhältnismäßigkeit .....	49
3. Opportunitätsprinzip .....	49
4. Unmöglichkeit.....	50
X. Vorgaben an den Gesetzgeber aus dem Grundgesetz .....	50

1. Demokratieprinzip als Verpflichtung zur Installation einer effektiven Aufsicht .....	50
a. Ausgestaltung der Aufsicht als Rechts- oder Fachaufsicht.....	51
b. Wahl der Aufsichtsmittel .....	52
2. Rechtstaatsprinzip als Verpflichtung zur Installation einer effektiven Aufsicht .....	52
<b>XI. Besonderheiten der Aufsicht über Körperschaften</b>	
des öffentlichen Rechts .....	53
1. Kommunalaufsicht .....	53
2. Aufsicht über wissenschaftliche Hochschulen .....	54
3. Aufsicht über Kammern der freien Berufe, die Industrie- und Handelskammern und die Handwerkskammern .....	55
4. Aufsicht über Sozialversicherungsträger, insb. gesetzliche Krankenversicherung .....	56
<b>XII. Besonderheiten der Aufsicht über öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalten</b> .....	56
<b>XIII. Besonderheiten Aufsicht über Beliehene</b> .....	57
<b>XIV. Besonderheiten der Aufsicht über Stiftungen</b>	
des bürgerlichen Rechts .....	59
<b>XV. Besonderheiten in Bezug auf die Staatsaufsicht bei Konzepten regulierter Selbstregulierung</b> .....	60
<b>XVI. Zusammenfassung</b> .....	61
<b>B. Maßstab für das Transplantationswesen</b> .....	61
<b>C. Aufsicht über die Bundesärztekammer</b> .....	63
I. Der Genehmigungsvorbehalt der Richtlinien der Bundesärztekammer nach § 16 Abs. 3 TPG .....	63
II. Der Genehmigungsvorbehalt über die den Vertrag zur Beauftragung der Vermittlungsstelle nach § 12 Abs. 5 TPG mit Wirkung auf den Erlass der Richtlinien .....	65
III. Kontrolle durch die Landesärztekammern, die als Körperschaften des öffentlichen Rechts selbst unter staatlicher Aufsicht stehen, bei der Verabschiedung der Richtlinien durch den Vorstand der Bundesärztekammer .....	66
1. Organisation der Kammeraufsicht am Beispiel von Mecklenburg-Vorpommern.....	66

2. Mittel der Kammeraufsicht .....	66
3. Durchgriff der Aufsichtsbehörden, bei der Aufsicht über die Landesärztekammern, auf Entscheidungen der Bundesärztekammer?.....	67
IV. Ergebnis.....	68
D. Aufsicht über die Koordinierungsstelle (DSO).....	69
I. Genehmigungsvorbehalt für den Beauftragungsvertrag	
nach § 11 Abs. 3 S. 1 TPG .....	69
II. Stiftungsaufsicht .....	70
1. Grundlagen der Stiftungsaufsicht .....	71
a. Gesetzgebungskompetenz für das Stiftungsaufsichtsrecht .....	71
b. Funktionen des Stiftungsaufsichtsrechts.....	72
aa. Kontrollfunktion .....	72
bb. Beratungsfunktion.....	73
cc. Schutzfunktion .....	73
c. Mittel des Stiftungsaufsichtsrechts .....	73
aa. Präventive Mittel.....	74
(1) Informationsrechte und Auskunftsansprüche .....	74
(2) Genehmigungsvorbehalte und Zustimmungsmöglichkeiten/ Genehmigungserfordernis von Satzungsänderungen .....	74
bb. Repressive Mittel .....	74
(1) Beanstandungen .....	74
(2) Aufhebung von Maßnahmen .....	75
(3) Anordnung .....	75
(4) Ersatzvornahme .....	76
(5) Abberufung von Organmitgliedern.....	76
(6) Schadensersatzansprüche gegen Organmitglieder.....	76
(7) Bestellung eines Sachwalters.....	77
(8) Hoheitliche Satzungsänderung .....	77
(9) Aufhebung der Stiftung .....	78
cc. Ergebnis – Mittel der Stiftungsaufsicht .....	78
d. Grenzen der Stiftungsaufsicht.....	78
aa. Subsidiaritätsprinzip .....	78
bb. Verhältnismäßigkeitsgrundsatz.....	79
cc. Opportunitätsprinzip .....	79
e. Zuständigkeit der Stiftungsaufsichtsbehörde .....	79

aa.	örtlich .....	79
bb.	sachlich.....	80
2.	Beispielsfall: „Berliner Fall“.....	80
3.	Möglichkeit des Eingreifens der Stiftungsaufsicht bei der Erstellung und dem Erlass der Verfahrensanweisungen .....	80
4.	Eignung des Stiftungsaufsichtsrechts zur Kontrolle der DSO in sonstigen Fällen .....	80
5.	Exkurs: Pflicht zum Einschreiten verletzt?.....	81
a.	Ermessensreduzierung auf Null .....	82
b.	Rechtsfolgen der Ermessensreduzierung auf null.....	82
aa.	Einklagbarer Anspruch der Übergangenen.....	82
bb.	Amtshaftungsanspruch nach § 839 BGB in Verbindung mit Art. 34 GG .....	82
(1)	Beamter .....	83
(2)	Handeln in Ausübung eines öffentlichen Amtes .....	83
(3)	Amtspflichtverletzung .....	83
(a)	Bestehen einer Amtspflicht.....	83
(b)	Verletzung dieser Amtspflicht.....	84
(c)	Ergebnis .....	84
(4)	Drittgerichtetheit der Amtspflicht.....	85
(5)	Verschulden .....	86
(6)	Kausalität .....	87
(7)	Schaden .....	87
(8)	Haftungseinschränkungen, § 839 Abs. 1 S. 2 BGB .....	88
(9)	Haftungsausschluss, § 839 Abs. 3 BGB .....	88
(10)	Anspruchsgegner .....	88
cc.	Ergebnis .....	88
III.	Kontrollmöglichkeiten der Vertreter der öffentlichen Hand im Stiftungsrat der Deutschen Stiftung Organtransplantation .....	89
1.	Weisungsrecht der entsendenden bzw. kontrollierenden Behörden ...	89
a.	GKV-Spitzenverband .....	89
b.	Bundesministerium für Gesundheit .....	91
c.	Gesundheitsministerkonferenz der Länder .....	91
d.	Mitglieder der Deutschen Transplantationsgesellschaft, der Deutschen Krankenhausgesellschaft und der Bundesärztekammer ...	92
e.	Zwischenergebnis .....	92

2. Würdigung und Ergebnis .....	92
<b>IV. Kontrolle durch die Überwachungskommission nach § 11 Abs. 3 S. 4 TPG.....</b>	<b>93</b>
1. Mitglieder.....	93
2. Rechte der Kommission .....	93
a. Kontrollmöglichkeiten/Prüfungsverfahren .....	93
b. Eingriffsrechte.....	94
3. Pflichten der Kommission.....	94
4. Verfassungsrechtliche Bewertung .....	94
<b>V. Kündigung des Koordinierungsstellenvertrages als Mittel der Staatsaufsicht.....</b>	<b>95</b>
<b>VI. Bewertung des gesamten Komplexes der Aufsicht über die Koordinierungsstelle .....</b>	<b>97</b>
<b>E. Aufsicht über Entnahmekrankenhäuser und Transplantationszentren .....</b>	<b>98</b>
<b>I. Kontrolle im Rahmen der Krankenhausaufsicht .....</b>	<b>98</b>
1. Gesetzgebungskompetenz für die Krankenhausaufsicht .....	98
2. Ausgestaltung der Krankenhausaufsicht am Beispiel des Landes Mecklenburg-Vorpommern.....	99
3. Mittel der Aufsicht .....	100
4. Aufsichtsbehörden .....	100
5. Bewertung der Aufsichtsmöglichkeiten im Rahmen der Krankenhausaufsicht .....	101
<b>II. Kontrolle der Transplantationszentren durch die Aufsicht über die Hochschulen .....</b>	<b>102</b>
<b>III. Kontrolle durch die Überwachungskommission.....</b>	<b>103</b>
<b>IV. Ergebnis der Aufsicht über Entnahmekrankenhäuser und Transplantationszentren .....</b>	<b>104</b>
<b>F. Aufsicht über die Vermittlungsstelle .....</b>	<b>104</b>
<b>I. Der Genehmigungsvorbehalt für den Vermittlungsstellenvertrag nach § 12 Abs. 5 S. 1 und 2 TPG .....</b>	<b>105</b>
<b>II. Kontrolle durch die Prüfungskommission nach § 12 Abs. 5 S. 3 TPG....</b>	<b>106</b>
1. Mitglieder.....	106
2. Rechte und Pflichten der Kommission .....	106
3. Verfassungsrechtliche Bewertung .....	106

III. Einwirkungsmöglichkeiten der deutschen Staatsgewalt auf die Stiftung niederländischen Rechts .....	107
IV. Kündigung des Vermittlungsstellenvertrages als Mittel der Staatsaufsicht .....	107
V. Ergebnis .....	107
G. Ergebnisse zu § 3 .....	108
Kapitel 3 – Die Verfahrensanweisungen der Koordinierungsstelle .....	111
§ 4 – Verfahrensanweisungen nach § 11 Abs. 1a S. 2 TPG .....	111
A. Inhalt der Verfahrensanweisungen .....	111
I. § 11 Abs. 1a S. 2 Nr. 1 TPG: Verfahrensanweisung zur pflichtgemäßen Meldung des Hirntodes .....	112
II. § 11 Abs. 1a S. 2 Nr. 2 TPG: Verfahrensanweisung zur Überprüfung der Spenderidentität .....	113
III. § 11 Abs. 1a S. 2 Nr. 3 TPG: Verfahrensanweisung zur Überprüfung der Einzelheiten der Einwilligung nach § 3 TPG oder der Zustimmung anderer Personen nach § 4 TPG .....	113
IV. § 11 Abs. 1a S. 2 Nr. 4 TPG: Verfahrensanweisung zur Überprüfung des Abschlusses der Organ- und Spendercharakterisierung nach § 10a Abs. 1 TPG .....	114
V. § 11 Abs. 1a S. 2 Nr. 5 TPG: Verfahrensanweisung zur Sicherstellung, dass die Angaben zur Organ- und Spendercharakterisierung das Transplantationszentrum, bei vermittelungspflichtigen Organen die Vermittlungsstelle nach § 12 TPG, rechtzeitig erreichen .....	115
VI. § 11 Abs. 1a S. 2 Nr. 6 TPG: Verfahrensanweisung für die Entnahme, Konservierung, Verpackung und Kennzeichnung von Organen .....	115
VII. § 11 Abs. 1a S. 2 Nr. 7 TPG: Verfahrensanweisung für den Transport der Organe, um ihre Unversehrtheit während des Transports und eine angemessene Transportdauer sicherzustellen .....	116
VIII. § 11 Abs. 1a S. 2 Nr. 8 TPG: Verfahrensanweisung zur Sicherstellung der Rückverfolgbarkeit nach § 13 Abs. 1 TPG .....	116
IX. § 11 Abs. 1a S. 2 Nr. 9 TPG: Verfahrensanweisung zur Sicherstellung der unverzüglichen Meldung schwerwiegender Zwischenfälle und schwerwiegender unerwünschter Reaktionen und der in diesem Zusammenhang getroffenen Maßnahmen auf der Grundlage der Rechtsverordnung nach § 13 Abs. 4 TPG .....	117

<b>B. Rechtsnatur</b> .....	117
I. Reines Internum.....	117
II. Rechtsnorm.....	118
1. Generalität und Abstraktheit .....	119
2. Bindungswirkung und Heteronomität.....	119
3. Europarechtsbezogene Auslegung.....	120
4. Verfassungskonforme Auslegung.....	121
5. Ergebnis.....	122
<b>C. Konkrete Einordnung der Verfahrensanweisungen</b> .....	122
I. Art der Rechtsnorm.....	122
1. Ansichten der Literatur .....	122
2. Begriff der Verfahrensanweisung .....	123
3. Rechtsverordnung .....	123
a. Definitionsmerkmale .....	123
aa. Inhalt .....	123
bb. Außenwirkung.....	123
cc. Wahrgenommene Kompetenz.....	123
dd. Gesetzliche Ermächtigung .....	124
ee. Verordnungsgeber.....	124
b. Ergebnis.....	125
4. Verwaltungsvorschrift.....	125
a. Über-/Unterordnungsverhältnis.....	126
b. Ermächtigungsgrundlage .....	126
c. Europarechtsbezogene Betrachtung .....	126
d. Ergebnis.....	126
5. Satzung .....	127
a. „Eigene Angelegenheiten“ .....	127
b. Juristische Person des öffentlichen Rechts .....	127
aa. Weisungsfreiheit .....	128
bb. eigener Haushalt.....	129
cc. Dienstherrenfähigkeit.....	129
dd. Staatsaufsicht .....	129
ee. Satzungautonomie .....	130
ff. eigenständige Entscheidungsfähigkeit.....	130
gg. Regelungsdichte.....	130
hh. Ergebnis .....	130

c. „Mit Wirksamkeit für die ihm angehörenden oder unterworfenen Personen“ .....	130
d. Ergebnis.....	131
6. Vergleich mit den Richtlinien der Bundesärztekammer und des Gemeinsamen Bundesausschusses (G-BA), den Empfehlungen nach dem SGB V, dem Manual von Eurotransplant und dem „Leitfaden für die Organspende“ der DSO.....	131
a. Richtlinien des Gemeinsamen Bundesausschusses.....	132
b. Richtlinien der Bundesärztekammer nach § 16 TPG.....	133
c. Empfehlungen nach SGB V .....	134
d. Manual von Eurotransplant .....	134
e. „Leitfaden für die Organspende“ der DSO .....	135
f. Ergebnis .....	135
7. Rechtsnorm eigener Art .....	135
II. Ergebnis .....	135
D. Numerus clausus an Rechtsetzungsformen? .....	135
I. Verfassungsvorbehalt von Normsetzungsformen? .....	136
II. Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes .....	138
III. Ergebnis.....	139
E. Beleihung mit Rechtsetzungsbefugnissen.....	140
I. Voraussetzungen der Beleihung .....	140
1. Wurzeln des Rechtsinstituts der Beleihung .....	140
2. Modernes Verständnis.....	140
a. Aufgabentheorie .....	141
b. Funktionstheorie.....	141
c. Legitimationstheorie.....	143
d. Rechtstellungs-/Befugnistheorie .....	143
e. Kombinationstheorie .....	143
f. Ergebnis .....	144
3. Adressaten .....	144
a. Entwicklung des Adressatenkreises .....	145
b. Natürliche Personen als Beleihungssadressaten.....	145
c. Juristische Personen als Beleihungssadressaten .....	146
d. Die DSO als geeigneter Beleihungssadressat.....	148
4. Beleihungsakt.....	148

5. Beleihung Privater durch Befehl.....	148
6. Zwischenergebnis.....	149
<b>II. Verfassungsrechtliche Zulässigkeit der Beleihung der DSO mit Rechtsetzungsbefugnissen.....</b>	<b>149</b>
1. Generelles grundgesetzliches Beleihungsverbot?.....	149
2. Verbot der Beleihung aus Art. 80 Abs. 1 S. 1 und 4 GG.....	151
a. Dispens aus Art. 87 Abs. 2 GG .....	154
b. Dispens aus Art. 87 Abs. 3 GG.....	155
aa. Angelegenheiten für die dem Bund die Gesetzgebung zusteht...	155
bb. Durch Bundesgesetz.....	158
cc. Schranken.....	158
dd. Errichtet werden.....	158
ee. Neue Bundesunmittelbare Körperschaften und Anstalten des öffentlichen Rechts .....	158
ff. Bewertung .....	159
c. Erweiterung des Kreises der Erstdelegatäre nach Art. 70 ff. GG .....	159
d. Ergebnis.....	161
3. Vereinbarkeit mit Art. 33 Abs. 4 GG? .....	161
4. Art. 28 Abs. 2 GG als Grenze der Beleihung mit Normsetzungskompetenzen?.....	163
5. Ergebnis.....	164
<b>F. Inhalt, Zweck und Ausmaß der Ermächtigungsnorm .....</b>	<b>164</b>
I. Inhalt .....	165
II. Zweck .....	165
III. Ausmaß.....	166
IV. Ergebnis.....	166
<b>G. Demokratische Legitimation .....</b>	<b>166</b>
I. Erlass von Verfahrensanweisungen als Ausübung von Staatsgewalt?.....	167
II. Inhalt und Reichweite des Demokratieprinzips.....	168
1. Personell-organisatorische Legitimation .....	169
2. Sachlich-inhaltliche Legitimation.....	169
3. Verhältnis der Legitimationsstränge zueinander .....	170
III. Anwendung des Maßstabes .....	170
1. Personell-organisatorische Legitimation der Koordinierungsstelle ...	171
2. Sachlich-inhaltliche Legitimation.....	173

a. Legitimationsvermittlung durch Ausgestaltung des Parlamentsgesetzes .....	173
b. Legitimationsvermittlung durch Aufsicht.....	174
3. Abweichungen vom Erfordernis demokratischer Legitimation .....	174
<b>IV. Rechtsstaatliche Aspekte .....</b>	<b>174</b>
1. Wesentlichkeitstheorie .....	174
2. Widerspruchsfreiheit der Rechtsordnung .....	175
<b>H. Begründungspflicht für untergesetzliche Rechtsnormen .....</b>	<b>176</b>
I. Bestehen einer Begründungspflicht.....	177
II. Rechtsfolgen fehlender Begründung .....	179
<b>I. Rechtsschutz gegen die Verfahrensanweisungen .....</b>	<b>180</b>
I. Verhältnis der DSO zu den Entnahmekrankenhäusern bzw. den Transplantationszentren .....	180
<b>II. Rechtsschutz der Entnahmekrankenhäuser und Transplantationszentren .....</b>	<b>181</b>
1. Gerichtszweig.....	182
2. Klageart .....	183
a. Rechtsverhältnis .....	184
b. Subsidiarität der Feststellungsklage, § 43 Abs. 2 VwGO .....	184
c. Ergebnis.....	185
3. Sonstige Zulässigkeitsvoraussetzungen .....	185
4. Begründetheit – Prüfungsumfang durch das angerufene Gericht.....	187
5. Dogmatische Unstimmigkeiten im Zusammenhang mit der Normfeststellungsklage .....	189
<b>III. Vorbeugender Rechtsschutz gegen die Verfahrensanweisungen vor deren Erlass .....</b>	<b>190</b>
<b>IV. Einstweiliger Rechtsschutz gegen die Verfahrensanweisungen.....</b>	<b>191</b>
<b>J. Umsetzung der Richtlinie zu einem anderen Zweck?.....</b>	<b>191</b>
I. Zweck der Richtlinie.....	191
II. Zweck der TPG-Änderung .....	192
III. Teilweiser Widerspruch .....	192
IV. Zulässigkeit? .....	193
<b>K. Unvereinbarkeit der Richtlinie mit Art. 168 Abs. 4 lit. a) AEUV? .....</b>	<b>193</b>
I. Umfang der Kompetenznorm des Art. 168 Abs. 4 lit. a) AEUV .....	193

II. Vereinbarkeit von Art. 4 – 8 und 11 der Richtlinie 2010/53/EU	
mit Art. 168 Abs. 4 lit. a) AEUV .....	194
III. Vereinbarkeit von Art. 13 und 14 der Richtlinie 2010/53/EU	
mit Art. 168 Abs. 4 lit. a) AEUV .....	194
1. Art. 13 der Richtlinie 2010/53/EU.....	194
2. Art. 14 der Richtlinie 2010/53/EU.....	195
IV. Rechtsfolge.....	196
L. Rechtsfolgen bei Verstößen gegen die Verfahrensanweisungen .....	196
I. Aberkennung des Status als Entnahmekrankenhaus bzw.	
Transplantationszentrum durch Verwaltungsakt .....	196
II. Durchschlagen einer unter Verstoß gegen die Verfahrensanweisungen	
durchgeführten Organentnahme auf die Vermittlungsentscheidung? .....	201
III. Pflicht zur Vernichtung des entnommenen Organs? .....	202
IV. Strafbarkeit oder Ordnungswidrigkeit? .....	202
V. Unschädlichkeit eines Verstoßes?.....	202
VI. Ergebnis.....	202
M. Zusammenfassung und Ergebnisse dieses Kapitels.....	203
Kapitel 4 – Lösungsvorschläge/Alternativen.....	205
§ 5 – Lösungsvorschläge/Alternativen.....	205
A. Reform bei Aufrechterhaltung der regulierten Selbstregulierung .....	205
I. Schaffung von gezielten Eingriffsrechten für die Prüfungs- und	
Überwachungskommission zur Kontrolle.....	205
II. Verabschiedung der Richtlinien nach § 16 TPG durch den Deutschen	
Ärztetag zur Möglichkeit des Einflusses der Landesbehörden.....	205
III. Schaffung der notwendigen völkerrechtlichen Voraussetzungen	
für eine internationale Vermittlungsstelle.....	206
IV. Beleihung der Bundesärztekammer zur Kontrolle des	
Transplantationswesens .....	206
V. Bewertung der Vorschläge .....	207
B. Reformen bei Aufgabe der regulierten Selbstregulierung .....	207
I. Umwandlung der Koordinierungsstelle in eine Behörde auf	
Bundesebene ohne ärztliche Selbstverwaltung .....	207
1. Vorstellung der Anträge der Bundesfraktionen von	
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE.....	207

a. Antrag BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN .....	207
b. Antrag DIE LINKE .....	209
2. Stellungnahme zu den Anträgen .....	210
II. Übertragung der Richtlinienkompetenz auf ein halbstaatliches Institut nach dem Vorbild des Robert-Koch-Instituts .....	211
III. Regelung der Organverteilung auf nationalstaatlicher Ebene mit internationaler Kooperation und eventuell Austritt aus dem Eurotransplantverbund mit Hinblick auf die Rechtsschutzdefizite bei Verteilungsentscheidungen .....	212
IV. Bewertung der Vorschläge.....	213
C. Weitere Vorschläge für ein verfassungsgemäßes Transplantationswesen .....	213
I. Statuierung einer Begründungspflicht für die Verfahrensanweisungen....	213
II. Schaffung der Möglichkeit einer prinzipalen Normenkontrolle für untergesetzliche Bundesrechtsvorschriften beim BVerwG.....	214
III. Regelung aller verteilungsrelevanten Aspekte unmittelbar durch den Gesetzgeber .....	214
D. Normative Umsetzung der Reformüberlegungen .....	214
I. Neufassung § 11 TPG .....	214
II. Neufassung § 12 TPG.....	217
III. Neufassung § 16 TPG .....	218
Kapitel 5 – Ergebnisse und thesenhafte Zusammenfassung .....	221
§ 6 – Ergebnisse der Untersuchung.....	221
§ 7 – Thesen zur Dissertation.....	225
Anhang .....	229
Literaturverzeichnis.....	231